

– English version below –

Der SR möge beschließen:

Aufgrund der durch die COVID 19 – Pandemie bedingten historischen Ausnahmesituation und der damit verbundenen Konsequenzen für die Studierenden, den hochschulpolitischen Listen, des Studierendenrats und des AStA wird die aktuelle Legislaturperiode aller Mitglieder des Studierendenrats um ein Jahr, also bis zum 01.08.2021, kommissarisch verlängert. Die aktuelle Legislaturperiode des AStA wird ebenfalls um ein Jahr, bis zum 01.08.2021, kommissarisch verlängert.

Der Studierendenrat spricht sich ferner dafür aus, dass auch die studentischen Mitglieder der universitätsinternen Gremien, dem Akademischen Senat und den Fachbereichsräten, ein weiteres Jahr verlängert werden.

Der Studierendenrat schließt die Durchführung einer Briefwahl aus. Eine erneute kommissarische Verlängerung der aktuellen Legislaturperiode nach dem 01.08.2021 lehnt der Studierendenrat ab. Eine grundsätzliche Verlängerung der Legislaturperiode auf 2 Jahre oder mehr lehnt der Studierendenrat ebenfalls ab. Der AStA wird dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Wahl der Studierendenrats im Sommersemester 2021 auf jeden Fall stattfindet.

Begründung:

Die COVID 19 – Pandemie stellt die gesamte Studierendenschaft vor enorme Herausforderungen. Sie setzt nicht nur die gewohnten Routinen des akademischen Betriebs außer Kraft, sondern konfrontiert auch Teile der Studierendenschaft mit finanziellen und existenziellen Ängsten. Darüber hinaus sind alle Gremien der studentischen und akademischen Selbstverwaltung betroffen, die nun einen Weg finden müssen, mit der pandemischen Krise umzugehen. So befindet sich der Studierendenrat nun in der schwierigen Situation, abwägen zu müssen, ob er sich für die kommissarische Verlängerung der aktuellen Legislaturperiode ausspricht – und damit die geplante Studierendenratswahl für das SoSe 20 aussetzt – oder nicht.

Nun gibt es mehrere Szenarien, die im Raum stehen:

1. Präsenzwahl
2. Online-Wahl
3. Briefwahl
4. Verlängerung der aktuellen Legislaturperiode

Zu 1.) Eine Präsenzwahl kann aufgrund der bestehenden Maßnahmen zum Infektionsschutz vor der COVID 19 – Pandemie nicht stattfinden. Sie fällt daher als Option heraus.

Zu 2.) Für eine Online-Wahl fehlt der Universität aktuell die rechtliche Grundlage. Darüber hinaus hat die Universität nicht die technischen Möglichkeiten, eine Online-Wahl organisatorisch reibungslos und entsprechend notwendiger Sicherheitsstandards zu gewährleisten. Am Beispiel der Universität Erfurt soll jedoch eine entsprechende Einführung geprüft werden. Bis dahin fällt die Online-Wahl als Option heraus.

Zu 3.) Eine Briefwahl durchzuführen ist *grundsätzlich* möglich. Es gibt jedoch eine Vielzahl an Argumenten, die nicht nur die Durchführung in erheblichem Maße behindern und Mitarbeiter*innen gefährden, sondern auch aus demokratischer Sicht problematisch sind.

Eines vorweg: Niemand kann aktuell abschätzen, wie schnell der vollständige Lockdown tatsächlich aufgehoben wird oder ob wir bei einer teilweisen Aufhebung des Lockdown in eine zweite Pandemie-Welle steuern. Unter diesen Umständen halten wir es gegenüber dem Personal des AStA für unzumutbar und unverantwortlich, eine Studierendenratswahl mit etwaigen neuen Koalitionsverhandlungen durchzuführen. Die dort arbeitenden Menschen sind auf ihren Lohn angewiesen und sollten unserer Auffassung nach aktuell an erster Stelle stehen. Es müssen weitere Unsicherheiten für diese Menschen auf jeden Fall vermeiden werden.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Bedenken, die gegen eine Briefwahl sprechen:

a.) Die Wahlbeteiligung bei studentischen Wahlen ist naturgemäß sehr niedrig. In der Regel befindet sie sich um 10% herum. Es gibt keine Erfahrungswerte, wie eine Briefwahl sich auf das Wahlverhalten der Student*innen auswirken würde. Es gilt aber zu befürchten, dass die Wahlbeteiligung noch einmal drastisch sinken würde. Daher stellt sich die Frage, wie repräsentativ eine Wahl ist, die die bereits knappe Wahlbeteiligung noch einmal massiv reduzieren könnte. Wie ernst könnte man einen Studierendenrat noch nehmen, wenn die Wahlbeteiligung z.B. unter 5% sinkt?

Ferner ist bis auf weiteres unklar, ob überhaupt alle Studierenden die Unterlagen für eine Briefwahl erhalten. Es könnte der Fall eintreten, dass die Unterlagen nur auf initiativen Antrag verschickt werden, sodass davon auszugehen ist, dass noch weniger Studierenden an der Wahl teilnehmen würden.

Dabei ist der finanzielle Aufwand einer etwaigen Briefwahl, die an alle Studierenden geht, kaum zu unterschätzen. Wir gehen aktuell von mehreren zehntausend Euro aus, die der AStA nicht tragen könnte, ohne handlungsunfähig zu werden. Auch ein Vorstrecken möglicher Gelder durch das Land wäre nicht möglich.

b.) Briefwahlen (z.B. bei Bundes- oder Landtagswahlen) sind einerseits naturgemäß sehr fehleranfällig (viele ungültige Stimmabgaben) und haben andererseits sehr große Nachteile, wenn es zu Fragen freier und geheimer Wahl kommt. Es ist schwer abzuschätzen, wie sich die Studierendenschaft bei einer ausschließlichen Briefwahl verhalten würde. Werden z.B. studentische Wohngemeinschaften die Briefwahl gemeinsam durchführen? Wie ist dann sichergestellt, dass Student*innen ohne Zwang ihre Stimme bei der favorisierten Liste machen können? Könnten nicht Listen befreundeten Student*innen anbieten, einfach für sie abzustimmen?

c.) Der demokratische Grundsatz, dass alle (und vor allem kleine Listen) in gleichem Maße für sich werben dürfen, ist aufgrund der pandemischen Ausnahmesituation nicht einzuhalten. Nicht alle Listen haben z.B. eine Online-Präsenz. Sie haben auch nicht die finanziellen Mittel, eine aufzubauen. Etablierte Listen haben hier einen klaren Vorteil, der bei einer Präsenz-Wahl jedoch dadurch ausgeglichen werden kann, dass alle Listen auf dem Campus die Student*innen ansprechen und für sich werben können. Innerhalb von Social Media können Filterblasen dazu führen, dass kleine Liste nicht einmal einen Bruchteil der Studierendenschaft erreichen, während große Listen ungleich bevorteilt sind. Es handelt sich hier um einen qualitativen Unterschied zwischen eines analogen und rein digitalen Wahlkampfes, bei dem kleine Listen keine Möglichkeit haben, für einen entsprechenden Ausgleich zu sorgen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass manche Listen bei einer Briefwahl gar nicht erst antreten würden, weil sie keine Möglichkeit sehen, für sich und ihre Themen zu werben. So könnten bereits vor der Wahl potenziell interessierte Listen ausgeschlossen werden.

Weiterhin - und das ist entscheidend - ist vollkommen unklar, ob die Listen des SR und der akademischen Gremien überhaupt innerhalb der kurzen Zeit noch in der Lage dazu wären, ihre Wahlvorschläge zusammenzubekommen. Besonders die Fachbereichsräte sind hier unverhältnismäßig stark betroffen: da viele Stugen aufgrund der COVID 19 - Pandemie aktuell gar nicht tagen, ist davon auszugehen, dass in einigen Fachbereichsräten die studentischen Vertreter*innen mit N.N. unbesetzt bleiben müssen. Wir halten es nicht für tragbar, dass Mandate aufgrund nicht einreichbarer Wahlvorschläge unbesetzt bleiben. Bei dem aktuellen Stand der Besetzungen der Fachbereichsräte gehen wir davon aus, dass diese weiterhin ihr Mandat übernehmen können. Für die bereits gewählten Mitglieder, die ohnehin ihr Mandat wahrnehmen, wollen wir neben COVID - 19 keine Zusatzbelastung schaffen, sich mit den nicht zu erreichenden Stugen abzustimmen.

Wir gehen aktuell ebenfalls davon aus, dass selbst die großen Listen (z.B. SDS, KRALLE oder GABI) es nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand schaffen würden, ihre Wahlvorschläge rechtzeitig bis Anfang Juni einzureichen. Dies betrifft sowohl den Studierendenrat als auch den Akademischen Senat. Man kann nicht wie gewohnt über den Campus und durch die Seminare laufen, um Freund*innen oder Bekannte dazu zu bewegen, sich mit auf die Listen zu schreiben. Darüber hinaus sind aktuell nach wie vor viele Student*innen damit beschäftigt, ihre persönliche Lebenssituation in den Griff zu bekommen. Wir halten es für nicht zu verantworten, diesen einen noch höheren Druck auszusetzen, unter dem sie ohnehin schon leiden. Nicht alle Student*innen sind in Parteien organisiert, die sich mit ihnen solidarisieren können und erst recht sind Student*innen keine Berufspolitiker*innen, von denen man erwarten kann, dass sie sich in der aktuellen Krisensituation angemessen organisieren können.

d.) Schließlich wird auch die Wahlkommission und deren Mitarbeiter*innen einem hohen gesundheitlichen Risiko ausgesetzt, da sie spätestens bei der Auszählung der Wahlergebnisse zusammenkommen muss. Sie wird dabei unweigerlich mit einer großen Menge an Wahlzetteln in Kontakt kommen, was die Gefahr einer COVID 19 – Infektion dramatisch erhöht. Auch hier sollte der Schutz von Menschenleben an erster Stelle stehen.

Nicht zuletzt ist der Aufwand, den die fünf Personen aus Wahlkommission und Mitarbeiter*innen leisten müsste, um 20.000 Studierenden Briefe zuzuschicken, unzumutbar.

Aufgrund der angeführten Argumente schließen wir die Option einer Briefwahl aus.

Zu 4.) Die kommissarische Verlängerung der aktuellen Legislaturperiode ist *grundsätzlich* möglich. Rechtsgrundlage ist die aus dem Bremischen Hochschulgesetz hervorgehende „Soll“-Regelung des BremHG §99 Absatz 2, derzufolge die Amtszeit der Mitglieder der nach Gruppen zusammengesetzten Selbstverwaltungsgremien zwei Jahre, bei den Studierenden ein Jahr, betragen *soll*. Eine entsprechende Ausnahmeregelung für diese Wahl ist durch das Infektionsschutzgesetz gedeckt.

Da alle anderen Optionen herausfallen, bleibt als Ultima Ratio die kommissarische Verlängerung der aktuellen Legislaturperiode die einzige – wenn auch alles andere als wünschenswerte – Alternative. Unter der historischen Ausnahmesituation der COVID 19 - Pandemie halten wir den mit einer Briefwahl verbundenen Aufwand für alle Beteiligten für unzumutbar.

Wenn die Legislaturperiode kommissarisch verlängert wird, ergibt nur eine Verlängerung um ein ganzes Jahr Sinn, da ein etwaiger neu zusammengesetzter AStA mindestens ein halbes Jahr braucht, um sich in die laufenden Prozesse des AStA einzuarbeiten. Eine nur halbjährige Legislatur wäre deshalb gegenüber den Studierenden und den Mitarbeiter*innen verantwortungslos, weil er nicht handlungsfähig wäre.

Die Uni ist ein gemeinsamer Ort, den wir als verfasste Studierendenschaft mitgestalten. Sie ist ein Ort, der von den einzelnen Räumen und den Menschen mit Leben eingehaucht wird. Durch die COVID 19 - Pandemie kann dieses Leben nicht wie gewohnt stattfinden. Wenn wir nun per Briefwahl abstimmen, dann geben wir die Uni als analogen Raum auf. Wir verschieben das Politische in häusliche und digitale Räume. Um das zu vermeiden, sollte die Wahl stattfinden, sobald der Campus wieder voll mit Menschen - und damit voll mit Leben ist.

English version

The SR may decide:

Due to the historically exceptional situation caused by the COVID 19 pandemic and the consequences for students, the higher education policy lists, the Student Council and the AStA, the current legislative period of all members of the Student Council is provisionally extended by one year, i.e. until 01.08.2021. The current legislative period of the AStA will also be provisionally extended by one year, until 01.08.2021.

The students' council also advocates that the student members of the university's internal committees, the Academic Senate and the departmental councils, be extended for another year.

The student council excludes the possibility of a postal vote. The students' council rejects a further provisional extension of the current legislative period after 01.08.2021. The student council also rejects a general extension of the legislative period to 2 years or more. The AStA is obliged to ensure that the election of the student council takes place in the summer semester 2021 in any case.

Justification:

COVID 19 - Pandemic poses enormous challenges for the entire student body. It not only disrupts the usual routines of academic life, but also confronts parts of the student body with financial and existential fears. In addition, all student and academic self-administration bodies are affected, which now have to find a way to deal with the pandemic crisis. Thus, the student council is now in the difficult situation of having to weigh up whether or not it is in favor of a provisional extension of the current legislative period - thus suspending the planned student council elections for the summer semester 20.

Now there are several scenarios that are being considered:

1. presence election
2. online election
3. postal election
4. extension of the current legislative period

To 1) Due to the existing measures to protect against infection prior to the COVID 19 pandemic, it is not possible to dial for attendance. It is therefore not an option.

Re 2) The university currently lacks the legal basis for online voting. In addition, the university does not have the technical possibilities to guarantee an online election without organisational problems and according to the necessary security standards. However, the University of Erfurt will be used as an example to test the introduction of such a system. Until then, online voting is not an option.

Re 3) It is generally possible to conduct a postal vote. However, there are a number of arguments which not only hinder the implementation to a considerable extent and endanger employees, but are also problematic from a democratic point of view.

First of all, no one can currently estimate how quickly the complete lockdown will actually be lifted or whether we will be steering into a second wave of the pandemic if the lockdown is partially

lifted. Under these circumstances, we consider it unreasonable and irresponsible towards the staff of the AStA to hold a student council election with possible new coalition negotiations. The people who work there are dependent on their wages and should, in our opinion, be the top priority at the moment. Further uncertainties for these people must be avoided at all costs.

In addition, there are numerous other concerns that speak against a postal vote:

a.) The turnout at student elections is naturally very low. Usually it is around 10%. There is no empirical data on how an absentee ballot would affect the voting behaviour of students. However, it is to be feared that the voter turnout would drop drastically once again. Therefore the question arises how representative an election is that could reduce the already low turnout once again. How seriously could a student council be taken if the voter turnout falls below 5%, for example? Furthermore, it is unclear whether all students will receive the documents for a postal vote at all. It could be the case that the documents are only sent out on initiative, so it can be assumed that even fewer students would participate in the election.

The financial cost of a possible postal vote, which would go to all students, should not be underestimated. We currently estimate that the AStA would not be able to bear the cost of several tens of thousands of euros without becoming incapacitated. It would also be impossible for the state to advance any money.

b.) Postal votes (e.g. in federal or state elections) are on the one hand naturally very error-prone (many invalid votes) and on the other hand have very big disadvantages when it comes to questions of free and secret voting. It is difficult to estimate how the student body would behave if the election were exclusively by postal vote. For example, will student flat-sharing communities conduct the postal vote together? How is it then ensured that students* can cast their votes on the favoured list without being forced to do so? Couldn't lists offer students who are friends to simply vote for them?

c.) The democratic principle that everyone (and especially small lists) may advertise for themselves to the same extent cannot be adhered to due to the pandemic exceptional situation. For example, not all lists have an online presence. Nor do they have the financial means to establish one. Established lists have a clear advantage here, but this can be offset by the fact that all lists on campus address the students and can advertise for themselves. Within social media, filter bubbles can lead to small lists not reaching even a fraction of the student body, while large lists are unequally favored. This is a qualitative difference between an analogue and a purely digital election campaign, where small lists have no way of making up the difference. It can therefore be assumed that some lists would not even take part in a postal vote because they see no possibility to promote themselves and their topics. This would make it possible to exclude potentially interested lists even before the election. Furthermore - and this is crucial - it is completely unclear whether the lists of the SR and the academic bodies would even be able to get their election proposals together within the short time available. Especially the departmental councils are disproportionately affected here: since many Stugen are currently not meeting at all due to the COVID 19 pandemic, it can be assumed that in some departmental councils the student representatives with N.N. must remain vacant. We do not consider it acceptable that mandates remain vacant due to non-submitted election proposals. Given the current state of the faculty councils, we assume that they will continue to be able to accept their mandates. For the already elected members, who exercise their mandate anyway, we do not want to create any additional burden, apart from COVID - 19, to coordinate with the struggle that cannot be achieved.

We currently also assume that even the large lists (e.g. SDS, KRALLE or GABI) would not be able to submit their election proposals in time by the beginning of June, or would do so only with

disproportionately high effort. This concerns both the Student Council and the Academic Senate. You cannot walk around the campus and through the seminars as usual in order to persuade your friends or acquaintances to write their names on the lists. In addition, many students are still busy getting their personal life situation under control. We do not think it is responsible to put even more pressure on them, which they already suffer from anyway. Not all students are organized in parties which can show solidarity with them and even more so students are not professional politicians who can be expected to organize themselves adequately in the current crisis situation.

d.) Finally, the election commission and its employees are also exposed to a high health risk, because they have to meet at the latest when the election results are counted. It will inevitably come into contact with a large quantity of ballot papers, which dramatically increases the risk of COVID 19 infection. The protection of human life should be a top priority here too. Last but not least, the effort that the five people from the election commission and staff would have to make, to send letters to 20,000 students is unreasonable.

On the basis of the arguments given, we rule out the option of a postal vote.

To 4.) The provisional extension of the current legislative period is possible in principle. The legal basis is the "shall" regulation of the BremHG §99 paragraph 2, which results from the Bremische Hochschulgesetz (Bremen University Act), according to which the term of office of the members of the self-governing bodies composed according to groups should be two years, for students one year. A corresponding exemption for this election is covered by the Infection Protection Act. Since all other options are dropped, the provisional extension of the current legislative period remains the only - albeit anything but desirable - alternative as a last resort. Under the historically exceptional situation of the COVID 19 pandemic, we consider the effort involved in a postal vote to be unreasonable for all parties involved.

If the legislative period is provisionally extended, only an extension of a whole year makes sense, since a possible newly composed AStA will need at least half a year to familiarize itself with the ongoing processes of the AStA. A legislature of only six months would therefore be irresponsible towards the students and the staff because it would not be able to act.

The university is a common place, which we, as a constituted student body, help to shape. It is a place that is breathed with life by the individual rooms and the people. Due to the COVID 19 pandemic, this life cannot take place as usual. If we now vote by postal vote, we are giving up the university as an analogue space. We shift the political into domestic and digital spaces. To avoid this, the election should take place as soon as the campus is full of people again - and thus full of life.